



Presseerklärung vom
Förderverein Freie Bildung in Frankfurt am Main e.V.
vom 27.05.2013

http://5-stunden-woche.de/static/de/ffb/index_foerderverein.html

Blockupy, Obsoleszenz und Die Basisdemokraten

Die Krisen eines Systems zeigen, dass es überlebt ist. Ein Wirtschaftssystem muss den Menschen dienen und nicht die Menschen dem Wirtschaftssystem. Wird diese Forderung nicht erfüllt und entsteht eine allgemeine Not, so muss etwas Neues geschaffen werden.

Mit Erschrecken erkennen wir heute diese Notwendigkeit in Europa. Griechenland, Portugal, Spanien, Italien und vielleicht bald Frankreich zwingen uns zum Umdenken.

In die gleiche Richtung weist die seit 1973 in Wellen ansteigende [Sockelarbeitslosigkeit in Deutschland](#) und die hiermit einhergehende Verarmung der Langzeitarbeitslosen. Immer neue [Zählweisen](#) der [Arbeitslosigkeit](#) in den Statistiken soll ein Sinken der Arbeitslosigkeit vorgaukeln.

Von 1973 bis heute, seit 40 Jahren, besteht diese Sockelarbeitslosigkeit und seit 40 Jahren schafft es keine Regierungen, diese zu überwinden. Offenbar besitzen die Parteien in Europa seit 40 Jahren kein Konzept hierfür.

Welche Lösungen bieten uns die alten Eliten?

FDP, CDU und CSU sind die Parteien des Neoliberalismus. Sie ebneten den Neoliberalen den Weg und brachten mit den Neoliberalen der USA das Weltwirtschaftssystem an den Rande des Abgrunds. Über Spekulationsblasen wurden ganze Staatshaushalte geplündert und eine [Umverteilung zu Gunsten der Superreichen](#) vorgenommen.

SPD, Die Grünen und Die Linke streiten über das Maß der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Linke fordert einen gesetzlichen [Mindestlohn von 10 Euro](#). Die [SPD fordert 8,50 Euro](#). Der Lidl zahlt [10,50 Euro Mindestlohn](#) und gibt damit diese Parteien der Lächerlichkeit preis.

SPD, Grüne, Linke und Gewerkschaften streiten über gerechte Löhne oder Renten. Doch warum ist keine Einigung in Sicht?

Zum Grundwissen über den Kapitalismus gehört der Satz: „**Der Preis einer Ware** (z.B. Arbeit) wird über das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt!“ Damit kann der Preis einer Arbeit hoch oder niedrig sein, aber niemals gerecht. Er wird allein durch Angebot und Nachfrage geregelt.

Wir sind also gut beraten, wenn wir solchen Gruppierungen misstrauen. Denn sie streiten über etwas, was gar nicht existiert. Echte Lösungen für die Probleme der Wirtschaft können sie somit nicht bieten, weil sie offenbar keine Ahnung haben.

Sinnlose Ressourcenvernichtung durch die Obsoleszenz?

Obsoleszenz ist die gezielte Verkürzung der Lebensdauer von industriellen Gütern durch den bewussten Einbau von Sollbruchstellen und kurzlebigen Verschleißteilen.

Obsoleszenz zeigt den Wahnsinn der Konsumgesellschaft. Der Dokumentarfilm „[Kaufen für die Müllhalde](#)“ von Frau Cosima Dannoritzer ([Produktion: Arte](#)) und [ihr gleichnamiges Buch](#), setzen Maßstäbe.

Die Aufklärung hierüber entrüstete die Menschen und seit 2011 formiert sich eine [Bewegung gegen die Obsoleszenz](#).

Seit 30 Jahren erleben wir diese verlogene Umweltpolitik der Parteien, die zur Aufrechterhaltung des Güter-Geld-Kreislaufes immer schneller wachsende Müllberge schufen. So etwas ist nicht mehr hinnehmbar.

Doch aus den Parlamenten erhalten wir kaum Unterstützung. So entschied der Umweltausschuss des Bundestages am 15. Mai 2013 mit der Mehrheit der Regierungsfractionen, dass es in Deutschland [keine Mindestnutzungsdauer für technische Geräte](#) geben wird. Grüne und SPD enthielten sich der Stimme. Warum?

Ein Produkt, das nicht kaputt geht, ist der Albtraum des Kapitalismus. Es beschert dem Handel schlechte Umsätze, da Produkte länger halten und damit die Nachfrage nach den Produkten sinkt. Konsum jedoch ist der Motor unseres Wirtschaftssystems.

Seit dem Glühbirnen-Kartell der 1920er-Jahre halten viele Produkte nicht so lange:

Glühdrähte brennen vorzeitig durch, Laserdrucker stellen die Arbeit auf chipgesteuerten Befehl hin ein, und alle drei Jahre muss ein neuer Computer her, da der alte mit dem neuesten Betriebssystem nicht mehr Schritt halten kann.

Die Ursache liegt im unternehmerischen „Handeln“ begründet. Durch den Einsatz von Geld soll mehr Geld erwirtschaftet werden. Dies ist das erste Ziel jeder Unternehmung. Das Produkt spielt dabei eine untergeordnete Rolle.

Für die industrielle Produktion des Großbürgertums ist eine große Umsatzmenge zwingend. Der Gewinn ist beim einzelnen Produkt sehr gering. Er entsteht erst durch große Mengen in der Masse. Die industriellen Produzenten sind auf einen Massenabsatz angewiesen, um ihre laufenden Kosten in der Produktion zu bestreiten und um ihre Sonderrolle als industrielle Produzenten in der Gesellschaft zu erhalten. Das Bündnis zur Obsoleszenz war damit ein logischer Schritt, mit dem das Großbürgertum Regeln für die industrielle Konkurrenz schuf, um die eigene Gefährdung zu minimieren.

Für die, die ihren Lebensunterhalt allein durch das Angebot ihrer Arbeitskraft bestreiten (Arbeiter, Angestellte, Selbständige, Kleinunternehmen, usw.) entsteht ein ähnliches unternehmerisches „Handeln“.

Gemäß den Regeln des Marktes würde der Lebensdauerverlängerung ein Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften und ein möglicher Verlust der Einkommensquelle folgen, was eine existenzielle Bedrohung ist.

Hiermit ist klar, warum die Mehrzahl der Menschen untätig bleibt und warum SPD und Grüne ihrer Stimme enthielten.

Wirtschaftssystem Ursache der Zerstörung?

An dieser Stelle erkennen wir, dass die Probleme des heutigen Wirtschaftssystems kein Widerstreit von Gut und Böse ist. Es sind Rollen, die durch die Regeln des Marktes entstehen.

Manager, Großaktionäre, Arbeiter oder Angestellter sind Funktionen, die unser Denken in diesen Regeln hervorruft. Sie sind eine Folge unserer eigenen Vorstellung, mehr nicht.

Diese Vorstellungen ringen den Menschen ein Handeln nach den Regeln des Marktes ab. Tun sie dies nicht, so drohen sie zu scheitern.

Eine Hetze gegen einzelne Inhaber dieser Rollen ist damit vollkommen sinnlos. Auch dann, wenn es sich um Inhaber hoher Positionen handelt.

Denn scheitert ein Inhaber einer solchen Rolle, droht ihm der soziale Abstieg. Sofort werden aus den unteren Rängen genügend Bewerber um den frei werdenden Platz nachdrängen. Und alle wissen dies!

Es ist nur logisch richtig, wenn die Hetze gegen die Inhaber der einzelnen Rollen als sinnlos unterlassen wird. Die Aufmerksamkeit muss sich auf die Ursache richten, die diese Rollen ins Leben ruft.

Unsere Vorstellung von Wirtschaften ist die Ursache dafür, warum Gesellschaften in Klassen oder Schichten zerfallen und warum sich Menschen im Kampf um ein wenig Wohlstand gegenseitig „zerfleischen“. Diese Vorstellung ist auch die Ursache für die zügellose Plünderung unserer Ressourcen und der Vernichtung unserer Umwelt.

Heute kultivieren wir eine mittelalterliche Vorstellung vom Handel, als es in Europa noch ein Abenteuer war, Waren auf Pferdefuhrwerken über schlammige Straßen und dunkle Wälder von einer Stadt in die nächste zu befördern.

Doch wir leben heute im 21-igsten Jahrhundert und die Automatisierung der Produktion lässt die Zahl der Arbeiter zu einer mehr und mehr verblassenden Minderheit schwinden.

Die eigentumsbasierte Warenwirtschaft wird durch den Überfluss an Arbeitskräften zum Fluch für die Erwerbstätigen. Angebot und Nachfrage bestimmt den Preis und die mittellosen Menschenmassen, die nichts weiter besitzen als ihre Arbeitskraft, sitzen in der Falle.

Lohndumping, die Vergrößerung des relativen Mehrwertes für Unternehmen, Verdrängungskämpfe um Marktanteile, der damit verbundene tendenzielle Verfall der Profitrate, Kapitalansammlung und die Bildung einer Reservearmee (Arbeitslose) gehören ebenso zu den Folgen wie das Fallen der Staatseinnahmen und die Rücknahme von Sozialleistungen in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Handel und eigentumsbasierte Warenwirtschaft sind es, durch die sich das Eigentum in den Händen weniger sammelt und der übrigen Allgemeinheit immer weniger bleibt. Handel und ein Überangebot an Arbeitskräften rufen Lohndumping und Verarmung hervor. Das Kaufkraftvolumen der Allgemeinheit sackt in sich zusammen. Eine Sockel- oder Massenarbeitslosigkeit entsteht. Schließlich liegt der gesellschaftliche Reichtum als ein mächtiges Arbeitskräftepotential vor, das wegen der allgemeinen Arbeitslosigkeit nicht in vollem Umfang in Güter und Dienstleistungen gewandelt wird. Hiermit entsteht die Armut als ein Mangel an Gütern ursächlich.

Neu ist dies nicht. Am 06.04.1933 unterlag die American Federation of Labor (AFL) im US Senat mit einem [Gesetzesantrag](#) für die [30 Stunden Woche](#). Als Waffe gegen die Weltwirtschaftskrise versuchte [Senator Black](#) sie zu etablieren. Das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage sollte durch eine Verknappung von Arbeitskräften wieder hergestellt und der Preisverfall der Löhne gestoppt werden. Ziel war die Stabilisierung von Volkskaufkraftvolumen und Nachfrage auf dem US Binnenmarkt.

Demselben Ziel diente die [Blue Eagle Campaign](#) zur Zeit des New Deal (1933) unter Präsent

Roosevelt. Dem New Deal folgte zu Zeiten der Dampfmaschine eine maximale Wochenarbeitszeit von 35-45 Stunden.

Auch heute sind diese Erkenntnisse den Eliten der Welt wohl bekannt. Dies zeigt der Bestseller „[Die Globalisierungsfalle](#)“. 1995 kam eine Konferenz der 500 führenden Topmanager, Politiker und Wirtschaftswissenschaftler der Erde zu dem Ergebnis, dass mit dem beginnenden 21-sten Jahrhundert nur noch 1/5 der arbeitsfähigen Weltbevölkerung zur Produktion der weltweit nachgefragten Güter und Dienstleistungen erforderlich sei ([siehe: Die Globalisierungsfalle S.12](#)). Unterstellen wir weltweit eine 50 Stunden Wochenarbeitszeit, so ließe sich theoretisch mit dem Einsatz des weltweiten Potentials an Arbeitsfähigen eine 10 Stunden Woche verwirklichen. Ein völliger Verzicht auf die kapitalistischen Produktionsbedingungen würde sogar bei gleichen Lebensstandard zu einer 5 Stunden Woche führen. Nachgewiesen wurde dies mit einer [Modellrechnung für die Bundesrepublik Deutschland für 1988](#), siehe <http://5-Stunden-Woche.de>.

Lösung der heutigen Wirtschaftsprobleme?

Die Basisdemokraten wollen Produktion und Verteilung zukünftig auf der Grundlage von basisdemokratischen Entscheidungen organisieren, um die Natur, die Bildung und die sozialen Werte zu erhalten und zu fördern. Nur so lassen sich die abzeichnenden Rohstoff- und Verteilungskriege verhindern.

Zur Gestaltung einer hoffnungsvollen Zukunft brauchen die Menschen diese Welt und die Produktionsmittel in einem möglichst unbeschadet Zustand.

Die Zeit reift, da viele Menschen in ihren Rollen genauso unzufrieden sind wie wir und das heutige System zunehmend an Rückhalt in der Gesellschaft verliert. Dies gilt für alle gesellschaftlichen Ränge.

Die Idee der Basisdemokratie wird uns aus unseren engen Rollen befreien, da wir alle auf gleicher Augenhöhe anfangen, unsere Gesellschaft selbst zu verwalten und lernen, dass wir einander brauchen.

Basisdemokratie ist kollektive Meinungsbildung ohne Gewalt. Der Streit der Meinungen wird sachlich ausgetragen und mit Abstimmungen werden diese vom Volk entschieden und beigelegt. Die Wichtigkeit einer Abstimmung bestimmt das Einzugsgebiet und die jeweilige förderative Ebene im Staat. Nach einer Abstimmung kann der Streit schwelen, bis zur nächsten Volksabstimmung, die nach 3-5 Jahren zum selben Thema wiederholt werden kann. Denn das Ergebnis einer Volksabstimmung ist ein momentanes Stimmungsbild, dass dem Wandel der Zeit unterliegt.

Um eine Grundlage für die Diskussion über das Aussehen einer Basisdemokratie zu schaffen, entwickelten Die Basisdemokraten das „[Handbuch für basisdemokratisches Handeln](#)“. Dieses kann von der Seite <http://Die-Basisdemokraten.de> kostenfrei heruntergeladen werden.

Auf dieser inhaltlichen Grundlage, möchten Die Basisdemokraten eine breite Debatte über das zukünftige Aussehen eines Wirtschaftssystems anregen. Doch Vorsicht, bei den Basisdemokraten ist der Begriff der Basisdemokratie kein leeres Wort wie bei den Grünen, Linken oder Piraten. Ihr Vorschlag ist eine wohl formulierte Anleitung, die auch in der Praxis funktionieren kann.

Da Die Basisdemokraten wissen, dass sie mit ihrer Anschauungen über ein Wirtschaftssystem Minderheitler sind, [entwarfen sie zu ihren Vorstellungen zwei Wirtschaftssysteme](#).

Das erste ist eins, das die eigentumsbasierte Warenwirtschaft und den Handel abschafft. An seiner Stelle soll ein System der Arbeitszeitverrechnung errichtet werden. Das Ziel ist, mit dem Preisverfall durch ein Überangebot an Arbeitskräften und den darauf folgenden volkswirtschaftlichen Kaufkraftverlust auf dem Binnenmarkt fertig zu werden. Die Gründe, die zu einer Obsoleszenz führen, können hiermit auch überwunden werden, da das Interesse entfällt, durch eine Verkürzung der Lebensdauer seinen Lebensunterhalt zu bestreiten.

Später soll dieses System weiterentwickelt werden. Es wird angenommen, dass das Zeitverrechnungssystem die allgemeine Arbeitszeit so weit verkürzen wird, dass eine Verrechnung nicht mehr notwendig ist. Durch die Automatisierung blieben etwa 5 Stunden pro Woche übrig, so dass die Menschen Arbeiten allein aus der ihnen angeborenen Ruhe- und Rastlosigkeit erledigen, um der Langeweile zu entgehen (Siehe: [Die neue Welt und das Ende der Lohnarbeit](#)).

Umsetzen könnten wir beide Vorstellungen mit einem Netzwerk von basisdemokratischen Vereinen, Verbraucher- und Produktionskooperativen (Genossenschaften). Diese sollen langsam mit der Gesellschaft verwachsen. Das Ziel bleibt, dass Produktion und Verteilung zukünftig auf der Grundlage von basisdemokratischen Entscheidungen nach dem Leitsatz, „jeder von seinen Fähigkeiten und jedem nach seinen Bedürfnissen“ erfolgt. Beginnen könnte dies durch den Aufbau dieses Netzwerkes, mit dem ein attraktive Alternative entstehen und die auch Familien ernähren soll.

Befreien wir uns aus unsere Rolle, die uns unsere gesellschaftliche Stellung oder unser Eigentum diktiert. Dies ist ein Aufruf an Sie, liebe Leserin und lieber Leser, die gesellschaftliche Umwälzung gemeinsam und friedlich in Angriff zu nehmen.

Mit einer Kandidatur als Die Basisdemokraten in Frankfurt am Main möchten wir einen Schritt machen, mit dem wir auch Werbung für ein basisdemokratisches Verbraucher- und Produzentennetzwerk machen werden, in dessen Mittelpunkt ein Zeitverrechnungssystem steht.

Doch wir sind mit unseren Vorschlag für ein zukünftiges Wirtschaftssystem nicht festgelegt. Gerne veröffentlichen wir auf unserer Internetseite <http://Die-Basisdemokraten.de> ausgearbeitete Konzepte, die eine Lösung zu den von uns aufgeworfenen Problemstellungen aufzeigen und eine Grundlage für eine weitere basisdemokratische Diskussion bieten.

Abschließend möchten wir Sie bitten, unsere Presseveröffentlichung auf dem nachfolgenden Link zu bewerten. Rückmeldungen tun immer gut. Danke
http://www.news4press.com/Meldung_744368.html

Pressekontakt:

Dipl.-Ing. Jürgen Manneck
Förderverein Freie Bildung in Frankfurt am Main e.V.
Tel.: 0152-29084808
E-Mail: ffb-ffm@gmx.de

Weitere Informationen:

Dipl.-Ing. Jürgen Manneck
Vorstandsvorsitzender des Fördervereins Freie Bildung in Frankfurt am Main e.V.
Eckenheimer Schulstraße 27
60435 Frankfurt am Main
Tel.: 0152-29084808
E-Mail: ffb-ffm@gmx.de
http://5-stunden-woche.de/static/de/ffb/index_foerderverein.html

Der Förderverein Freie Bildung in Frankfurt am Main e.V. gründete sich 2003. Zu seinen Zielen gehört die Förderung basisdemokratischer Strukturen und die Verbreitung weitreichender kritischer Ideen zur politischen Ökonomie. Verwirklicht wird dieses Ziel mit der Entwicklung eines Programms für das Internet zur Durchführung basisdemokratischer Abstimmungen und zahlreichen Vorträgen.

Presseveröffentlichungen:

http://www.news4press.com/Meldung_744368.html

<http://www.openpr.de/news/722542.html>

Weitere Presseveröffentlichungen:

http://www.news4press.com/Meldung2003/Agentur.asp?Mitglieder_ID=1909

http://www.news4press.com/Meldung2003/Agentur.asp?Mitglieder_ID=11993

<http://www.openpr.de/news/archiv/19563/Foerderverein-Freie-Bildung-in-Frankfurt-am-Main-e-V.html>